

Wien, am Freitag, den 23. April 1926.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. April 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung und teilt mit, dass ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Zimmerä und Genossen eingelangt ist, der verlangt, dass der Gemeinderat das Gesetz betreffend die Lustbarkeitsabgabe, insbesondere soweit die Steuersätze in Betracht kommen, abändern soll. In dem Antrag wird der städtische Finanzreferent ersucht, innerhalb acht Tagen eine Novellierung dieses Gesetzes dem Finanzausschuss und Stadtsenat vorzulegen. Entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung wird der Antrag nach Erledigung der Tagesordnung behandelt werden.

Eine Reihe von Anträgen wird ohne Erstattung eines Referates genehmigt. So die Anträge auf Neulegung von Rohrsträngen der Hochquellenleitung in den Strassenzügen beim Wohnhausbau der Gemeinde an der Ausserer Gürtelstrasse in Favoriten, beim Wohnhausbau in der Pantzergasse und die Verlegung von Rohrsträngen am Kaisermühlendamm von der Reichsbrücke bis zur Linnegasse und in Ober St. Veit durch die Hietzinger Hauptstrasse.

Vizebgm. Emmerling stellte den Antrag, dass die Gemeinde Wien für den erhöhten Betriebskredit von vier Millionen Schilling für die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft bei der n.ö. Eskomptgesellschaft die Haftung übernimmt. Bisher hatte die Gemeinde Wien nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 1925 bis 31. Dezember 1926 für einen Betrag von zwei ein halb Millionen Schilling gehaftet. Die Gesellschaft benötigt besonders aber jetzt zur Zeit des Anbaues grössere Mittel.

G.R. Huber (chr. soz.) erklärt, dass es der Leitung der Gesellschaft unmöglich ist, das Unternehmen günstig zu führen, da die Kreditbeschaffung geradezu ruinös zu bezeichnen ist. Ausser den zwölf ein halb Prozent, die den Banken zu leisten sind, muss <sup>sie</sup> auch noch eine Haftungsgeldgebühr von drei Prozent leisten. Für das Jahr 1926 kommen an Zinsen 6,200,000.000 Kronen zur Auszahlung. Dieses System des Kreditnehmens ist auf die Dauer unhaltbar. Die Gemeinde sollte vielmehr hier Gelegenheit nehmen, ihren Einfluss auf die Preisgestaltung der Bodenprodukte geltend zu machen. Unser Bundespräsident erklärte in einem Vortrag, dass die bekannte Musterkuh "Bella" nur sechs Prozent abwirft. Und die Gesellschaft soll für fünfzehn ein halb Prozent aufkommen! Der einzige Ausweg wäre, dass die Zentralsparkasse billige Kredite gewährt, damit das Unternehmen nicht über kurz oder lang zugrunde gerichtet ist.

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass die Gesellschaft keine fünfzehn einhalb Prozent zahlen müsse, vielmehr die Kreditbeschaffung in der üblichen Verzinsung vor sich gehe. Wir haben alle ein Interesse an der Lebensfähigkeit der Gesellschaft, aber so wie jede andere Stelle müssen wir uns auch für einen derartig grossen Betrag eine gewisse Sicherung schaffen. Der Kriegsbeschädigtenfonds und der Bund haben es seinerzeit abgelehnt, Kredite zu gewähren, jetzt müssen wir das Versäumte mit bedeutenden Mitteln nachholen. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

G.R. Dr. Friedjung beantragt, für ein Mehrerfordernis, das durch die Aenderung der Entlohnung, Mehrdienstleistungen und Leiterzulagen sowie Remunerationen in der Erziehungsanstalt Eggenburg notwendig geworden ist,

einen Betrag von 36.574 Schilling zu gewähren.

G.R. Schlössinger (chr. soz.) findet es unerklärlich, wieso heute erst für die Mehrerfordernisse ein Kredit verlangt wird. Man hätte vielmehr schon bei der Aufstellung des Voranschlages darauf Rücksicht nehmen sollen. Rednerin kommt auf die Organisation der Anstalt zu sprechen, wo eine unverhältnismässig grosse Zahl von 160 Angestellten auf 480 Zöglinge entfällt. Die katholischen Ordensschwestern hat man aus der Anstalt verbannt und heute entfallen 14 Lehrer und 50 Erzieher auf eine verhältnismässig kleine Anzahl von Zöglingen, wodurch der kostspielige Apparat noch verteuert wird. Die Anstalt könnte von 600 Zöglingen bewohnt werden. Die Verpflegungskosten sind mit 5'60 Schilling als sehr hoch zu bezeichnen. Der Einzug des neuen Systems äusserte sich auch darauf, dass die Kreuzfixe entfernt wurden und der Seelsorger aus der Reihe der Erzieher ausgeschlossen wurde. Auf dem Gebiete der Heilpädagogik wäre noch mehr zu leisten. Die Zöglinge sollen für grosse Ideale begeistert werden. Wir haben gegen Ihr Erziehungssystem schwere Bedenken, denn jede Erziehung ohne Religion ist eine Utopie. Rednerin bemängelt Trivialitäten in der in der Anstalt erscheinenden Zöglingenzeitschrift. Die Minderheit könne nicht für den Antrag stimmen.

G.R. Dr. Friedjung erklärt, dass die Aenderungen der Ausgaben in einer Umstellung <sup>in</sup> Gehaltschema begründet sind, die aber erst nach der Genehmigung des Voranschlag beschlossen wurde. Auf die Einwendungen wegen der pädagogischen Führung der Anstalt könne er nicht eingehen, müsse aber feststellen, dass es sich <sup>hier</sup> um Weltanschauungen handelt. Der Eindruck, den die Anstalt bei einem Besuche im Jahre 1919 machte war unsagbar traurig. Heute sieht man jedoch, wie wohl sich die Kinder in der Anstalt fühlen und wie freudig die Lehrer und Erzieher am Werke sind.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

G.R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt für den Betrieb "Gemeindefriedhöfe" einen Betrag von 105.575 Schilling, der für Mehrerfordernisse verwendet werden soll.

G.R. Binder (chr. soz.) bemängelt den Zustand der Wege auf den Friedhöfen, die mangelhafte Grabbezeichnung und die neue Leichenhalle auf dem Zentralfriedhof, die unbedingt zu vergrössern wäre. Auch die Diebstähle mehren sich auf dem Zentralfriedhof erst seit der Zeit, wo man die Flurwächter abgebaut hat. Man müsste mehr Personal wieder einstellen. Redner verlangt die Anbringung von Sitzgelegenheiten in den Leichenhallen des Zentralfriedhofes.

G.R. Haider (chr. soz.) findet es merkwürdig, dass für das Krematorium die verhältnismässig hohe Summe von 12.690 Schilling aufgewendet werde, während für die Ausgestaltung der anderen Friedhöfe fast nichts geschehe. Es sei auch pietätlos, dass während der Beerdigungen auf manchen Friedhöfen städtische Lastenautos herumfahren. Schliesslich tritt er für eine Verbesserung der Friedhofswege ein.

G.R. Doppler (chr. soz.) bezeichnet den Betrieb auf dem Dornbacher Friedhof als ganz unbefriedigend. Für die Friedhofspflege werde überhaupt kein Geld mehr aufgewendet, der ganze Zuschusskredit verschwinde in dem grossen Racher der Feuerhalle. Die Gräber bleiben wochenlang halb zugedeckt, eingesunkene Grabhügel werden nicht hergestellt. Schliesslich tritt Redner für eine Vereinigung des Dornbacher mit dem Hernalser Friedhof ein und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Es möge auch das alte schöne Portal des Hernalser Friedhofes wieder hergestellt und eine neue Einsegnungshalle dort erbaut werden.



G.R. Kunschak (chr. soz.) sagt, auch er müsse die Zustände auf den Wiener Friedhöfen als einen europäischen Skandal, jeder Pietät entbehrend, bezeichnen. Vorgestern habe er dem Leichenbegängnisse eines Strassenbauers beigewohnt und hierbei beobachten müssen, wie die ganze Trauergemeinde, um zu der Grabstätte zu gelangen, ganze Heiden von Lehmhügeln übersteigen musste. Neben der Begräbnisstätte schaufelte ein Arbeiter ruhig ein Grab aus und störte durch seine Tätigkeit die Beisetzungszeremonie. Wenn diesen Zuständen nicht bald abgeholfen wird, werde sich ein Gemeinderat gar nicht mehr auf einem Wiener Friedhof begeben können, um den Vorwürfen von Trauergästen sich nicht auszusetzen. Es wäre notwendig, dass der verantwortliche Herr sich weniger um Politik, als um sein Amt kümmern würde.

Die Arbeiterheime beteiligen sich am Bierboykott.

Wie wir erfahren, werden die Wiener Arbeiterheime ausnahmslos den Bierausschank einstellen, falls der Bierboykott durchgeführt werden sollte. Obwohl in den Gastwirtschaften der Arbeiterheime meist Bier aus dem Brauhaus der Stadt Wien ausgeschenkt wird, werden sie der Parole der Gastwirtegenossenschaft Folge leisten.

Der Referent Gemeinderat Grünfeld erwidert, die Gemeindeverwaltung sei stets bemüht soweit es im Bereiche der Möglichkeit liege, die Schäden und Vernachlässigungen der Kriegszeit gut zu machen. Die vorgebrachten Beschwerden werden überprüft und wenn sich Mängel ergeben sollten, deren Behebung verfügt werden. Zu dem Antrag Dopplers auf Vereinigung des Hernalser- mit dem Dornbacher-Friedhof verweise Referent darauf, dass der Ausschuss sich bereits mit dieser Angelegenheit befasste, dass keine grundsätzliche Gegnerschaft bestehe, aber man könne den Plan nicht durchführen, weil die in Betracht kommenden Grundbesitzer teils in eine Abtretung der zwischen den Friedhöfen liegenden Flächen nicht einwilligen, teils zu hohe Ablösungssummen für den schmalen Streifen fordern, nämlich insgesamt 780.000 Schilling. Sobald ein annehmbarer Preis geboten wird, werde man die Gründe ankaufen können. Auf die Instandhaltung der Wege werde alle gebotene Sorgfalt verwendet, sie sind auch ziemlich gut erhalten, nur einige Nebenwege nicht in Ordnung.

Der Antrag wird angenommen, der Antrag Doppler der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

G.R. Hüss (soz. dem.) beantragt dem Haus der Barmherzigkeit eine Subvention von 2000 Schilling zu bewilligen.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) gibt eine Uebersicht der Tätigkeit dieses Spitales für unheilbare Kranke seit der Gründung und beklagt es, dass dem Verein, der das Haus erhalte, das alte Recht auf Veranstaltung von Sammlungen in den Häusern Wiens entzogen worden sei. Die letzten Haussammlungen im Jahre 1925 brachten ein Ergebnis von 650 Millionen. Hier handelt es sich um keinen eigenen Sammeltag, sondern nur um die Erlaubnis, die Sammelbögen in den Häusern kursieren zu lassen. Redner appelliert an den Bürgermeister, ein Haus, in dem sich die Aermsten der Armen befinden, die Sammlungen wieder zu bewilligen.

Der Referent bemerkt, dass das Haus der Barmherzigkeit nicht mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattet sei, trotzdem zahle die Gemeinde Verpflegskosten für Wiener Patienten; diese Kosten haben im Jahre 1925 die ansehnliche Summe von 84.000 Schilling betragen. Nun erliege bei der Gemeinde ein Ansuchen um eine 40prozentige Erhöhung des Verpflegskostenbeitrages. Die Gemeinde werde also im nächsten Jahre 125.000 Schilling für die

sen Zweck aufwenden. Sie leiste also ausser der Subvention für das Haus der Barmherzigkeit noch bedeutend mehr. Bezüglich der Sammlungen wurde seinerzeit von der Gemeinde vorgeschlagen, dass das Haus der Barmherzigkeit gemeinsam mit den Barmherzigen Brüdern einen Sammeltag veranstalten möge. Die Barmherzigen Brüder haben diesen Vorschlag aber abgelehnt.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G.R. Hüss (soz. dem.) berichtet über die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes und beantragt die Gewährung einer Subvention von 15.000 Schilling.

G.R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, dass gegen diese Subvention nichts zu sagen sei. Auch die Minderheit ist sich voll und ganz bewusst, dass die Aufgaben, die sich dieser Verein gestellt hat, nützlich sind. Wenn die Gemeinde ihn unterstützt, so erfüllt sie damit nur ihre Pflicht. Aber man kann sich eine bitteren Gefühle nicht erwehren, wenn für eine so nützliche Sache wie das Haus der Barmherzigkeit es ist, nur 2000 Schilling Gemeindeunterstützung gegeben werden, während hier ein Betrag gewährt wird, der auch im Rahmen des Gemeindebudgets sehr hoch ist. Ueber diese Ungleichheit, die schon als eine Ungerechtigkeit erscheint, sollte die Mehrheit ernstlich nachdenken. Es muss aber auch einmal der Widerspruch aufgezeigt werden, der darin liegt, dass die Gemeinde Wien auf der einen Seite die Bestrebungen der Alkoholgegner unterstützt, während sie auf der anderen Seite den Alkoholgenuss fördert. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht

die Errichtung einer Alkoholdude in einem städtischen Wohnhaus. Dies geschieht nicht nur auf Kosten der Gemeinde, sondern auf Kosten der Wohnungsbedürftigen. Es muss ein sehr gewaltiger Betrag sein, der hier der Bekämpfung der Wohnungsnot entzogen wird. Für das Wirtshaus werden 400 Quadratmeter Boden beansprucht. Ausserdem ist ein Saal unter dem Titel Volksbildungszwecke vorgesehen, der 1000 Quadratmeter gross ist und bei Festlichkeiten mit dem Wirtshaus in Verbindung gebracht werden kann. Man soll den Leuten doch das Alkoholtrinken nicht so bequem machen. Was nützt unsere ganze Subvention, wenn die Gemeinde selbst Gasthäuser in ihre Wohnhausanlagen hineinbaut. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes, müssen wir es entschieden ablehnen, dass man den Gemeinderat in eine solche Lage bringt. Lassen Sie das Errichten von Wirtshäusern anderen Leuten über und verwenden Sie die Gelder für die Bekämpfung der Wohnungsnot und nicht zur Unterstützung der Alkoholeseuche (Beifall).

G.R. Angermayer (chr. soz.) sagt, dass so lange die Sozialdemokratie ihren theoretischen Kampf gegen den Alkohol als ein Privatvergnügen geführt hat niemand daran ein grosses Interesse hatte. Anders aber ist es wenn dazu Steuergelder verwendet werden. Die sozialdemokratische Partei müsse sich endlich über den Zwiespalt in der Alkoholfrage klar werden. Man hat mit Gemeindegeldern eine Siedlung erbaut und dort ein Genossenschaftshaus errichtet, wo kein Alkohol verabreicht werden darf. Aber selbst das ist nur Theorie, denn bei Festlichkeiten wird dort Bier und Wein ausgeschenkt, beides wird vom sozialdemokratischen Konsumverein geliefert. Auch im Rathaus hat die Mehrheit ihre Alkoholfreundschaft bewiesen. Zu einer Zeit wo noch in Wien noch schlechte Verhältnisse gewesen sind, hat man den Rathauskeller ausgebaut. In Margareten hat man erst kürzlich einen gewissen Abraham Halpern zu seinem Feinkostgeschäft, gegen den Willen aller Behörden auch den Brantweinausschank bewilligt. Zuerst hat Bürgermeister Seitz diese Bewilligung verweigert. Der Halpern hat aber dann an den Landeshauptmann Seitz rekuriert und dieser hat das Schnapsgeschäft bewilligt. Ihr Kampf gegen den Alkohol ist auch nichts anderes als eine ganz gewöhnliche Phrase. Wenn wir heute für die Subvention stimmen, dann nur unter der Vor-

aussetzung, dass Sie endlich dazu beitragen, dass die Alkoholeseuche wirklich eingedämmt wird.



Dritter Bogen.

G.R. Hüss (soz. dem.) erwidert, dass es wohl richtig sei, dass in einer städtischen Wohnhausanlage ein grosser Gasthaussaal eingebaut wird, doch werden die Bewohner selbst zu entscheiden haben, ob diese Gastwirtschaft alkoholfrei geführt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Antrag des Gemeinderates Hüss wird ohne Debatte dem Verein abstinenter Frauen Wiens eine Gemeindeunterstützung von 3000 Schilling bewilligt.

G.R. Iser (soz. dem.) berichtet über die Errichtung einer Garage für Elektromobile im XX. Bezirk mit einem Kostenaufwand von 30.000 Schilling. Die Errichtung dieser Grossgarage ist aus technischen Gründen notwendig, weil die Zusammenlegung mit einer Bezingarage zu feuergefährlich wäre. Für die Ausgestaltung des Lastkraftwagenbetriebes bedeutet dieser Bau einen Fortschritt, weil der Dienst dadurch rentabler gestaltet wird. Bei der Aufstellung des Voranschlags waren die Versuche auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen. Der Betrag soll durch Minderausgaben im Strassenpflegebetrieb gedeckt werden.

G.R. Doppler (chr. soz.) wendet sich gegen die Bedeckung des Betrages auf diese Weise, weil die Strassenpflege und das Coloniasystem noch immer schwere Mängel aufweisen und daher von Minderausgaben nicht gesprochen werden kann. Beim Personal der Strassenpflege wurde ein bedeutender Abbau vorgenommen und mit dem vorhandenen Personal und den paar Kehrmaschinen kann unmöglich ein Auslangen gefunden werden. Redner wendet sich gegen Mistände in der Clerfaytgasse und Jörgerbadgasse, wo neben den Mistkästen die Mitthaufen liegen.

G.R. Iser (soz. dem.) erklärt, dass die zuständige Abteilung alles leistet, was in ihren Kräften steht, die Bevölkerung aber häufig die Kehrriichtabfuhr sehr erschwert. In manchen Jahreszeiten gelangen grössere Aschenmassen als sonst zur Abfuhr, dann wieder werden nasse Sägespäne und Unmassen Papier in die Kübel geleert. Nasse Gegenstände besonders erschweren im Winter, wenn es friert, ungemein den Abtransport. Die Erparung erfolgt nicht aus Betriebsmitteln, weil die vorgesehenen achtzehn Kehrriichtzüge nach den Erfahrungen der letzten Zeit für den Abtransport genügen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Iser (soz. dem.) berichtet über die Verlegung einer zweiten Wasserzuleitung von 200 Millimeter an das Gebiet am Ober St. Veit durch die Rietsinger Hauptstrasse zwischen der Freinlgasse und dem Wolfrathplatz mit einem Kostenerforderniss von 85.000 Schilling.

G.R. Huber (chr. soz.) bespricht die Verhältnisse in der Steinböckgasse im XIII. Bezirk, wo zwei alleinstehende Häuser errichtet werden sollen, deren Parzellenbesitzer den Anschluss an das Wasserleitungsnetz anstreben und 5000 Schilling dazu beitragen wollen. Das Gemeindeamt würde dadurch <sup>nur</sup> 25.000 Schilling an Kosten erwachsen. Das Ansuchen wurde vom amtsführenden Stadtrat abgelehnt. Damit die Gasse doch Wasser erhält, stellt er den Antrag: Das Angebot der Parzellenbesitzer in der Steinböckgasse wird angenommen und die Rohrlegung für die Wasserleitung sofort in Angriff genommen.

G.R. Iser erklärt, dass der Gemeinde Wien durch die Kosten für Kanalisation, Wasserleitung, Kabellegung Unsummen erwachsen, die sich für grössere Wohnhausbauten mit hunderten Parteien oder Strassen mit mehreren Häusern rentieren, nicht aber auf einem Terrain, das irgendwo am Heuberg oder Schafberg gelegen ist und von wo drei Kilometer Weg zum Anschluss an das Rohrnetz sind. Er könne sich daher nicht dem Antrag des

Redners der Minderheit vollinhaltlich anschliessen. Es ertönen bei der Minderheit Rufe: "Die kriegen also wirklich kein Wasser! - Das ist Eure Wohnbaufreundlichkeit!"

Nach tatsächlichen Berichtigungen des Gemeinderates Huber und des Referenten wird schliesslich der Referentenantrag unverändert angenommen, der Antrag Huber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

G.R. Jenschik beantragt für die baulichen Herstellungen und die Anschaffung maschineller Einrichtungen in der städtischen Dampfwascherei den Kostenaufwand von 107.600 Schilling zu genehmigen.

G.R. Kupischak (chr. soz.) findet dieses Referat aufklärungsbedürftig, hauptsächlich wünscht er zu wissen, was eigentlich angeschafft worden sei und auf welche Weise die Anschaffung eines Kettentrocknungsapparates bedeckt wurde.

Der Referent verweist auf eine dem Berichte beigezeichnete Tabelle, in der alle Anschaffungen samt Kosten aufgezählt sind. Nach dem die Gesamtkosten 151.100 Schilling betragen und 43.500 Schilling budgetmässig bedeckt erscheinen ist ein nicht bedeckter Mehraufwand von 107.600 Schilling notwendig. Für den Verkauf von Kullisentrockenapparaten wurden 20.000 Schilling eingenommen, sodass die nichtbedeckte Post sich um diesen Betrag verringert.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

G.R. Kokrda legt den Antrag des Stadtsenates vor, die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, von der gemeinwirtschaftlichen Anstalt "Holzmarkt" die in Kaiserebersdorf gelegenen Baurechtsgründe mit den darauf befindlichen Anlagen unter den Bedingungen des vorgelegten Angebotes der "Holzmarkt G.W.A." zu pachten und im Betrieb durch die Gemeinde Wien zu übernehmen. Der Referent gibt den Inhalt der abgeschlossenen Verträge bekannt.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) führt aus, dass der Holzmarkt als gemeinwirtschaftliche Anstalt in der Zeit der Kanzlerschaft Dr. Renner gegründet wurde als damals das Schlagwort von der Sozialisierung vorherrschte und überall gemeinwirtschaftliche Betriebe geschaffen wurden. Seither ist es mit dieser Idee stiller geworden. Alle Gründungen der damaligen Zeit sind tatsächlich einem traurigen Ende entgegengegangen. Das Industrierwerk in Pischamend wurde erledigt, die Wasserkraft Blumennau musste von der "Newag" übernommen werden weil sie als gemeinwirtschaftliches Werk nicht aufrecht zu erhalten war. Und in den letzten Tagen haben wir den Schlussakt des Trauerspiels Arsenal erlebt. Für die nächsten Tage ist das Erscheinen einer Erpschüre angekündigt, die ein der sozialdemokratischen Partei einst nahestehender Mann herauszugeben beabsichtigt und in der die skandalösen Zustände des Betriebes Arsenal der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden sollen.

St.R. Breitner: Kommt auch eine Broschüre über Wöllersdorf?

Seipel hat diese Anlagen doch der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin übergeben und damit hat er ja die Rettung begonnen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) Ich meine die Broschüre über Wöllersdorf kann Herr Breitner noch schreiben, er wird bestimmt nichts neues der Bevölkerung sagen. Wohl aber wird die Broschüre über das Arsenal manches Neue enthalten.

G.R. Stein (soz. dem.) Da musste erst ein schuftiger Verräter kommen um Ihnen mit Lügen an die Hand zu gehen.



Vierter Bogen.

G.R. Rummelhardt : Ich weiss nicht welchen Sozialdemokraten Sie meinen, ich sehe aber, dass Sie die Sache aufregt. Aber die Lektüre dieser Broschüre wird Sie wohl noch mehr aufregen. Man wird da merkwürdige Dinge zu hören bekommen, die von einer sozialisierten Wirtschaft weit entfernt sind. Sie werden Gelegenheit haben, diese Informationen zu lesen und wir sind begierig, ob Sie, wenn diese Dinge nicht wahr sind, den Mut aufbringen werden, darauf zu antworten.

G.R. Stein (soz. dem.): Ich werde den Mut haben.

H. R. Rummelhardt : Der Mann der die Broschüre geschrieben hat, wird in alle Geheimnisse hineinleuchten. Gemeinderat Stein möge sich beruhigen. Wir werden über diese Sache noch oft sprechen und aufzeigen, wie verblendet einige Ihrer Führer auf diesem Gebiete waren. Vorläufig will ich nur auf einen Artikel der Arbeiterzeitung vom 10. Dezember 1922 verweisen, in welchem Herr Dr. Ellenbogen schrieb: "Kaum war das Arsenal in die Hand der Gemeinwirtschaft gefallen, als schon an Stelle des Monatsdefizits von 200 Millionen ein Reingewinn von jährlich 50 Millionen trat. Neue Industrien wurden geschaffen, vor allen ein grosses Stahlwerk!" Was sagt Dr. Ellenbogen heute zum Arsenal, preist er heute noch diese gemeinwirtschaftliche Anstalt?

St.R. Breitner: So gut wie Entesfeld und Hirtenberg haben sie auch abge schnitten.

G.R. Rummelhardt: Herr Breitner ist der Sanierer der verkrachten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Beim Holzmarkt tritt er wieder als Sanierer auf damit die Zahl der verkrachten Unternehmungen nicht noch vermehrt werde. Beim Holzmarkt bestehen ähnliche Zustände wie beim Arsenal. Erst grosse Worte, grosse Pläne, ein grosszügiges Programm und wenn wir uns heute den Holzmarkt ansehen, erblicken wir sehr traurige Zustände.

G.R. Rausnitz (soz. dem.): So wie die gesamte Volkswirtschaft nach Ihrer Sanierung.

G.R. Rummelhardt Daran hat Ihre Partei nicht geringen Anteil. Die Wirtschaftskrise in Wien ist hauptsächlich auf Ihr Konto zu schreiben. Und wenn Herr Breitner mit der Sanierung der verkrachten Betriebe soviel zu tun hat, so trägt sein Steuersadismus daran die Schuld, mit dem er die Wiener Bevölkerung drangsaliert. Nun soll die Gemeinde Wien durch den Vertrag mit dem Holzmarkt verhalten werden, ein Riesendefizit zu übernehmen. Schon bei der Gründung dieses Unternehmens wurde von unserer Partei darauf hingewiesen, dass zu wenig Kapital vorhanden war. Leider sind unsere damaligen Warnungen nicht gehört worden. Wir können uns des Gedankens nicht entschlagen, dass mit den Steuergeldern der Gemeinde Wien ein Experiment fortgesetzt werden soll, dass nach dem gegenwärtigen Stande nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Wir können mit dem ganzen Vorgang nicht einverstanden sein, und aus diesem Grunde werden wir gegen den Antrag stimmen.

Die Rede des Stadtrates Breitner folgt

Stadtrat Kokrda beantragt den Ankauf einer Liegenschaft in Heiligenstadt.

GR. Zimmerl (chr. soz.) bezweifelt, dass der Ankauf dieses Grundstückes wirklich so notwendig sei, es scheine ein Parteiinteresse dahinter zu stecken. Schon einmal sei der Gemeinderat mit einem Realitätenankauf getäuscht worden, nämlich mit dem Ankauf des Maria-Theresienschlüssels, aus dem eine Parteischule gemacht wurde.

St.R. Kokrda erwidert; es stecke gar nichts dahinter, die Anlage werde für Spürtzwecke angekauft, die der Allgemeinheit dienen sollen. Die

Gemeinde verfüge durchaus nicht über überzählige Gründe, sie werde weiterhin Gründe ankaufen, weil das notwendig sei.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Richter beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 78.505 Schilling für die Fertigstellung der Feuerhauptwache Hernals auf dem Johann Nepomuk Berger-Platz.

GR. Doppler (chr. soz.) erklärt, hier liege wieder eine Verschleuderung von Gemeindevermögen vor, der Bau sei nicht notwendig, auch nicht zweckmässig, er sei nur ein Schritt weiter auf dem Wege, die freiwilligen Feuerwehren umzubringen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Siegel legt den Entwurf des Wohnhausbaues in Ottakring, Sandleiten vor und beantragt die Bewilligung samt den Kosten.

GR. Erban (chr. soz.) bemängelt, dass in dem Wohnhausbau auch ein Gasthaus von 400 m<sup>2</sup> Flächenraum und ein grosser Saal von 1000 m<sup>2</sup> geschaffen werden solle, es gehe nicht an, aus den Mitteln der Wohnbausteuer solche Anlagen zu schaffen. Die Mieter werden damit gewiss nicht einverstanden sein. Redner stellt den Antrag auf Rückverweisung des Referates.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt.

St.R. Siegel bemerkt in seinem Schlusswort, dass in der Wohnhausanlage Sandleiten, die 8000 Menschen beherbergen werde, auch das Bedürfnis nach einem grossen Versammlungsraum bestehe, man müsse den Menschen dort doch die Gelegenheit bieten, für Veranstaltungen einen Raum zu haben. Die Mieter werden damit gewiss einverstanden und der Gemeinde dafür nur dankbar sein.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über die Uebernahme der Arbeiter, die beim Bau der Wasserkraftwerke beschäftigt waren und mit denen die städtischen Elektrizitätswerke einen Kollektivvertrag abgeschlossen haben.

G.R. Waldsam (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, dass den Mitgliedern des Unternehmungsausschusses der Vertrag nicht früher vorgelegt worden ist. Aber es hat überhaupt der Wille gefehlt, die Minderheit zu informieren. Schon am 16. Oktober 1925 war dieser Vertrag fertig. Am 25. Oktober ist er in Kraft getreten und am 31. Oktober hat auf Grund dieses Vertrages die erste Lohnauszahlung stattgefunden.

Stadtrat Kunschak: Das ist ein Skandal! Der Gemeinderat ist nur mehr der Wurstel der amtsführenden Stadträte!

G.R. Waldsam: Seit 29. Jänner 1926 ist wieder ein neuer Vertrag wirksam geworden. Doch ist die Bezeichnung Zusatzvertrag falsch. Der Vertrag ist gegenüber den Verträgen der Arbeiter im städtischen Elektrizitätswerk in Wien viel schlechter.

Stadtrat Speiser erwidert, dass durch diesen Vertrag die Arbeiter eine Lohnhöhung von 33 Prozent erhalten. Die Arbeiter erhalten aber auch sonst weitgehende Verbesserungen und sind viel günstiger gestellt, als die Bediensteten im Waidhofner Elektrizitätswerk, mit denen sie verglichen werden müssen. Ob es sich hier um einen Zusatzvertrag handelt, sei eine Doktorfrage.

Der Vertrag wird angenommen.



## Fünfter Bogen

Es folgt jetzt die Rede Breitners zu der Verpachtung des Holzmarktes:

St. R. Breitner erklärt, dass <sup>er</sup> im Juli 1920 als Referent über diesen Gegenstand gesprochen habe und noch wohl in der Lage sei, die Gründe anzuführen, die damals für die Errichtung eines Holzmarktes sprachen. Es war die Zeit der grössten Not, jene Epoche, in der aber schon planmässig jene Massnahmen ins Auge gefasst wurden, die eine Möglichkeit der Wiederaufrichtung Wiens bieten könnten. Dazu wurde damals ohne eine Verschleierung der Tatsachen, ja unter Hinweis auf die Möglichkeit einer Enttäuschung die Schaffung eines Holzmarktes im Gemeinderat beantragt. Es wurde hingewiesen, dass es eine Notwendigkeit sei, eine technische Anlage zu schaffen, wie sie vorher in Wien nicht bestanden hat, um den Transitverkehr für Holz nach Wien zu locken. Man konnte nicht voraussehen, wie sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht gestalten würden. Wir waren abhängig davon, wie sich das Ausland und die Nachbarstaaten dazu stellen würden. Davon hing es ab, ob es gelingen würde Wien wirklich zu einem Umschlagplatz zu machen. Wir haben es auf dem Gebiete des Getreideverkehrs gesehen, dass es nicht gelang zu dem Getreidehandelsplatz zu machen. Damals wurde vorgeschlagen gemeinsam mit Niederösterreich und dem Bund den Holzmarkt zu gründen. So gemeindlich wurde auch schon früher vorgegangen, es sei nur an die Kutschenbetriebsgesellschaft erinnert. Es war also eine Konstruktion gedacht, die mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft keinen besonderen Zusammenhang hat.

Wenn von einer Broschüre gesprochen wurde, die Enthüllungen über das Arsenal bringen soll, so können wir nur erklären, dass wir diese Broschüre mit Fassung ertragen werden können. Ich richte nur an den Herrn Stadtrat Rummelhardt die freundliche Einladung, auch jene zu lesen, die etwa einmal über Wöllersdorf geschrieben wird. Das ungeheuer schwierige Problem der Umstellung eines Kriegsbetriebes auf Friedensverhältnisse konnte nicht in dem Mass gelingen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Wir stehen hier nicht vereinzelt da. Blicken Sie nach Deutschland hinaus, denken Sie daran, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die Kruppwerke zu kämpfen haben, erinnern Sie sich an Engesfeld, an Hirtenberg, lauter im Frieden schon kaufmännisch organisierte Betriebe. Das Arsenal hat jeder kaufmännischen Grundlage entbehrt. Keine Rede kann beim Arsenal aber von jenen unerhörten Beschuldigungen sein, die gegen Wöllersdorf erhoben werden können: Von der Ausplünderung durch eigens herbeigerufene Ausländer, wie sich dies tatsächlich in Wöllersdorf vollzogen hat.

Beim Holzmarkt haben Bund und Niederösterreich keine Neigung mehr, das nicht sehr nennenswerte Defizit zu tragen, weil sie den Holzmarkt nicht mit Unrecht als eine eigentlich rein Wiener Frage betrachten. Sie wollten also liquidieren. Wie liegen denn die Verhältnisse hier? Der Gesamtschuldenstand ist 65.000 Schilling. Für ein Panama eigentlich sehr, sehr wenig. Dieser Betrag ist überdies aber in den Aktiven voll gedeckt. Wir glauben aber als Wiener, dass vielleicht jetzt noch nicht der Moment gekommen ist, alle Hoffnung aufzugeben, Wien zum Umschlagplatz für Holz zu machen, und die Halle niederzureissen, die Geleise zu verkaufen. Es kann doch gelingen, Handelsverträge mit den benachbarten Staaten, mit Jugoslawien, Rumänien, Ungarn abzuschliessen. Wir können also ruhigen Gewissens noch einige Zeit zuwarten, wie sich die Entwicklung gestaltet. Zwischenzeitlich drücken wir durch die Vereinigung mit dem städtischen Lagerhaus die Betriebskosten auf ein Minimum herab. Sollte die Liquidation unabweisbar sein, werden wir in den vorhandenen Einrichtungen die volle Deckung finden. Wir haben uns zu keiner terminmässigen Fortführung verpflichtet.

Das ist das grosse Geheimnis des Holzmarktes, das keineswegs das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen braucht.

Wir haben im Jahre 1920 vorgesorgt...

St. R. Rummelhardt: Uns haben Sie das Vorsorgen nicht zugebilligt!

St. R. Breitner: Wir haben es Ihnen immer zugebilligt, nur Sie machen uns heute den Vorwurf, dass die Dinge fünf Jahre später anders ausschauen als man es sich <sup>früher</sup> vorgestellt hat. Die Vorlage fand die Zustimmung aller. Ich brauche nur die Stelle des Protokolles aufzuschlagen, wo die Ausführungen des <sup>christlichsozialen Dr. Glasauer</sup> und des leider verstorbenen Kollegen <sup>Angeli</sup> festgehalten sind. Redner verliest die Stellen, wo es heisst, dass die Vorlage die Zustimmung aller gefunden hat, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Sache früher in Angriff genommen wäre und dass sie sehr zweckmässig ist. Gemeinderat Angeli erklärte, dass man selbstverständlich für die Sache stimmen werde, er gibt der Verwunderung Ausdruck, dass man nicht schon seinerzeit diesen Weg zur Ausgestaltung des Wiener Holzmarktes beschritten hat. Man hat uns nicht etwa die Gründung vorgeworfen, sondern dass man die Gründung nicht schon ein Jahr früher vollzogen hat. Sie nehmen eine sehr eigentümliche Haltung ein. Nicht nur die <sup>Vertreter der</sup> Gemeinde Wien beider Parteien haben vollen Einblick in die Sache, auch die Vertreter der Handelskammer <sup>der Betriebsführung</sup> und der Holzverarbeitenden Industrien beteiligten sich an

Nun werden die Dinge so dargestellt, als ob sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Die Beschlüsse der Sitzungen wurden einstimmig gefasst (Zwischenrufe bei der Minderheit) Man kann uns höchstens vorwerfen, dass wir zu optimistisch waren. Wir wollten eben die Möglichkeiten eines Aufstieges der Stadt wahrnehmen. Wenn sich <sup>sogar</sup> wirklich einmal die Notwendigkeit ergibt, zehn- oder zwanzigtausend Schilling zuzuschliessen, so wird das zu verantworten sein. Niemand hat sich bereichert. Es gibt bei uns kein noch so kleines Panama. Durch höhere Gewalt, dadurch dass Oesterreich keine günstigen Handelsverträge durchzusetzen in der Lage war, ist bisher das Aufblühen des Holzmarktes verhindert worden. Das jetzige Zuwarten soll ein zweiter Akt der Vorsicht werden. Auch jetzt kann es sich nach immer ergeben, dass es zu solchen Verträgen kommt, wenn es auch nicht gerade im Laufe des Jahres 1926 ist. Sollten wir auch diese Hoffnungen entgültig zu Grabe tragen müssen, so <sup>war die</sup> Gründung des Holzmarktes noch immer ein Beschluss, dessen sich der Gemeinderat nicht zu schämen hat.

Nach einem Referat des Gemeinderates Thaller werden dem Deutsch-österreichischen Bühnenverein eine Subvention von 20.000 Schilling und dem technischen Museum eine Subvention von 3000 Schilling bewilligt.

Hierauf gelangt der Dringlichkeitsantrag Zimmerl auf Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe zur Verhandlung.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) verweist auf die Nachricht, dass der Jokeiklub die Frühjahrsrennen absagen wolle woraus die Gefahr entsteht, dass viele Geschäftsleute zu Schaden kommen. In einer Enquete hat insbesondere ein Vertreter der Damenmodenfirmen erklärt, dass bei Absage des Derby Meetings Einschränkungen der Betriebe mangels an Bestellungen erfolgen müssten wodurch hunderte von Arbeitern dieser Branchen ihren Erwerb verlieren würden. Aehnliche Erklärungen haben auch Vertreter anderer Branchen abgegeben. Der Jokeiklub hatte im Vorjahre 16 Milliarden Lustbarkeitsabgabe zu entrichten und 3 Milliarden Defizit. Es sei einleuchtend, dass unter solchen Umständen die Lustschwinde, die Frühjahrsrennen abzuhalten.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt.



Stadtrat Breitner: Für die ganze Denkweise des Wiener Bürgerturns und seiner Vertreter ist es bezeichnend, dass unter allen bestehenden Steuern keine heisser umstritten ist, als die Lustbarkeitsabgabe. Es lässt sich dies aus den Protokollen des Gemeinderates und den Artikeln der bürgerlichen Zeitungen nachweisen. Der heutige Dringlichkeitsantrag ist ein weiterer Beweis für meine Behauptung. Als mir gesagt wurde, es liegt ein die Finanzgruppe betreffender Antrag der Christlichsozialen vor, da war ich sicher, dass es sich nicht etwa um eine Aufforderung an den Gemeinderat handle, gegen die aus den geplanten Zöllen drohende Verteuerung zu protestieren, nicht vielleicht um eine Stellungnahme gegen die geplante Hinaufsetzung der Bahntarife. Ich war überzeugt, dass dieser Dringlichkeitsantrag höchstwahrscheinlich die Lustbarkeitsabgabe betreffen würde. Es war nun wirklich so. Diesmal geht es insbesondere um die Rennsteuer. Da ist zunächst festzustellen, dass der Herr Gemeinderat Zimmerl und seine Partei sich in der Adresse geirrt haben. Soweit es sich um die Steuer von den Rennwetten handelt, sind die Bundesregierung und der Nationalrat zuständig. Die Gemeinde hat nur prozentuale Zuschläge. Sollte also eine Herabsetzung der Bundessteuer beschlossen werden, so sind wir dadurch ohnehin in Mitleidenschaft gezogen und werden eine Verminderung unserer Einnahme erleiden. Es muss allerdings der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrates und ihrer Regierung überlassen werden, ob sie die gewaltige Erhöhung der Zölle und gleichzeitig eine Ermässigung der Totalisator- und Buchmachersteuer vereinbaren können. Was aber die Lustbarkeitsabgabe der Gemeinde anlangt, so kann sie in Wahrheit keine entscheidende Wirkung haben. Eine Loge in der Freudenau kostet je nach dem Rang und dem Tage 22 bis 45 Schilling. Ohne alle Gemeindeabgabe wäre der Preis 14 bis 30 Schilling. Wenn nun eine Dame zu den Rennen fährt und sich dazu eine Toilette machen lässt, die gewiss tausend Schilling und mehr kostet, so können die paar Schilling Gemeindesteuer doch wahrhaftig keine Rolle spielen. Der Preis der Karte für den ersten Platz ist vier bis acht Schilling, einschliesslich der Abgabe von 33 ein Drittel Prozent. Der dritte Platz würde, wenn es keine Lustbarkeitsabgabe gäbe, statt um einen Schilling für 67 Groschen abgegeben werden können. An einer solchen Verbilligung haben wir kein Interesse und die Abgabe bildet gerade auf diesem Gebiet kein nennenswertes Hindernis für den Besuch. Die erdrückende Mehrheit besucht doch nicht die Rennen um der Schönheit des hochgezüchteten Pferdes willen, sondern wegen der Wetten und der Gewinnhoffnungen. Diese Leute lassen sich durch die Abgabe von fünfzig Groschen oder auch ein paar Schilling nicht abschrecken. Wir verstehen es, dass eine Grossstadt auch dieser Attraktion bedarf. Aus diesem Grund hat ja auch die Fremdenverkehrskommission, in der Wien vertreten ist, einen namhaften Rennpreis gestiftet. Gewiss haben die Modewarenbranche und eine Reihe anderer Gewerbe ein grosses Interesse an der Aufrechterhalten der Rennen, doch wird es trotz allem nicht gelingen, die Arbeiter als Vorspann für die Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe zu missbrauchen. Dieser Versuch wird misslingen. Wenn schon gar nichts, so muss der bemerkenswerte Zufall jedem die Augen öffnen, dass heute die christlichsoziale Mehrheit im Nationalrat den Mietenausschuss einberufen hat, um das Mietschutzgesetz zu zertrümmern.

Mit Steuerermässigungen müssen wir sorgsam vorgehen, aber wir tun es aus eigenem Antrieb, sobald sich dafür eine Möglichkeit bietet. Ohne dass<sup>es</sup> erst einer Anregung der Minderheit oder von auswärts bedurft hätte, ist eben jetzt eine namhafte Herabsetzung<sup>der Lustbarkeitssteuer</sup> für Theater im Zuge. Die betreffende Vorlage ist bereits in den Händen der Gemeinderäte und wird am Montag im Finanzausschuss verhandelt werden. Dann wird die Theatersteuer niedriger sein, als die Warenumsatzsteuer für Mehl! Auch für die kleinen, besonders bedrängten Kinos ist eine fühlbare Begünstigung vorgeschlagen. Es geschieht also, was möglich ist. Die darüber hinausgehenden Wünsche müssen als unerfüllbar abgelehnt werden. (Beifall)

G.R. Kunschak (chr. soz.) bemerkt, dass die Einstellung der Rennen für das Wirtschaftsleben Wiens und für tausende Existenzen von grosser Bedeutung wäre.

Bürgermeister Seitz: Das hat schon in den neunziger Jahren der alte Falkenhayn gesagt.

G.R. Kunschak: Man müsste sich doch darüber klar werden, weil dieser Gefahr begegnet werden könnte. Mit der Stiftung eines Preises von hundert Millionen für die Rennen ist deren Bedeutung wohl genügend anerkannt. Man darf nicht vergessen, dass diese Attraktion von Privatleuten unternommen wird, die sich schliesslich sagen, dass sie zum Draufzahlen keine Lust haben. Wenn nun hier erklärt wurde, dass eine Aenderung der Lustbarkeitsabgabe nicht zu denken ist, bleibt uns nichts übrig als das zur Kenntnis zu nehmen, die Verantwortung für diese engstirnige Politik müssen Sie tragen.

G.R. Danneberg (soz. dem.): Sie tragen die Verantwortung für die "ehlsteuer".

G.R. Kunschak: Wir haben das Recht und die Pflicht aufmerksam zu machen, dass die Finanzpolitik Breitners ein Unglück für diese Stadt ist.

G.R. Danneberg: Das Derby soll ohne Steuer bleiben und das Mehl besteuern Sie, das ist Ihre Politik.

Der Antrag wird abgelehnt. (Zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten).

Vorsitzender Weigl schliesst um 11 Uhr nachts die Sitzung.